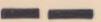
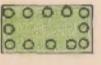
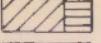
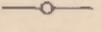
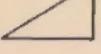


ZEICHENERKLÄRUNG

-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 7. Änderung
-  Mischgebiet
-  Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
-  Grundflächenzahl
-  Geschößflächenzahl
-  Offene Bauweise
-  Baugrenze
-  Einfahrt
-  Fläche für Stellplätze
-  Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
-  Mauer
-  Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
-  Pflanzgebot für Laubbäume
-  Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
-  Erhaltungsgebot für Einzelbäume
-  Garagen
-  vorh. Gebäude ( nicht amtlich eingemessen)
-  geplantes Gebäude
-  Flurstücksgrenze
-  Flurstücksnummer
-  Überschwemmungsgebiet
-  Sichtdreiecke - sie sind von jeglicher Sichtbehinderung ab 0,70m über Fahrbahnoberkante freizuhalten
-  10kV-Erdkabel
-  10kV-Trafostation

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Innerhalb der Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind Garagen und Nebenanlagen jeder Art unzulässig (§§ 12 und 14 BauNVO).

HINWEISE

1. Wenn bei Bodeneingriffen Bodendenkmäler (z.B. Mauerwerk, Bodenveränderungen etc.) entdeckt werden, ist dies der Gemeinde und dem Amt für Bodendenkmalpflege (Tel.: 0251 / 2105 - 252) unverzüglich anzuzeigen.
2. Unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist für Vorhaben innerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes eine hochwasseraufsichtliche Genehmigung gem. § 113 LWG erforderlich.
3. Mit Erteilung der Baugenehmigung ist durch Auflagen sicherzustellen, daß die entsprechenden Pflanzgebote innerhalb eines Jahres nach Verwirklichung der Hauptnutzung vorgenommen werden.

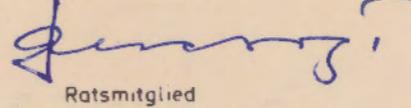
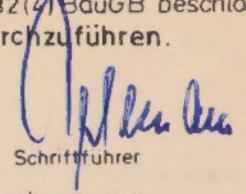
RECHTSGRUNDLAGEN

- 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. 2253)
- 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665).
- 3 Landesbauordnung (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.1984 (GVNW S. 419), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.1984 (GVNW S. 803).
- 4 Planzeichenverordnung in der Neufassung vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833).
- 5 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GONW) in der Neufassung vom 13.08.1984 (GVNW S. 475).

AUFSTELLUNGSVERFAHREN

Der Rat der Gemeinde Ladbergen hat am 21.01.1988 gem. § 2(4) BauGB beschlossen, diese Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 "ORTSLAGE LADBERGEN" durchzuführen.

Ladbergen, den 25.01.1988

 *Fauig* Bürgermeister
 Ratsmitglied
 Schriftführer

Dieser Plan einschließlich Begründung hat gem. § 3(2) BauGB laut Bekanntmachung vom 24.03.88 bis einschließlich 25.04.88 öffentlich ausgelegen.

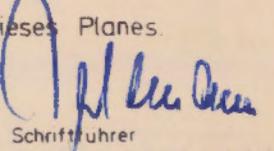
Ladbergen, den 04.05.1988

 *W. W. W.* Gemeindedirektor

Dieser Plan wurde vom Rat der Gemeinde Ladbergen am 04.05.1988 gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Die gekennzeichneten Änderungen sind Bestandteil dieses Planes.

Ladbergen, den 06.05.1988

 *Fauig* Bürgermeister
 Ratsmitglied
 Schriftführer

Zu dieser Bebauungsplanänderung wurde gem. § 11 BauGB keine Verletzung von Rechtsvorschriften festgestellt (s. Verfügung vom 20.7.1988 - 35.2.1-5204).

Münster, den 20.7.1988

Schme Der Regierungspräsident im Auftrag
Oberregierungsamt

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für diese Bebauungsplanänderung wurde gem. § 12 BauGB am 04.08.1988 ortsüblich amtlich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung ist diese Bebauungsplanänderung rechtsverbindlich geworden.

Ladbergen, den 09.08.1988

 *W. W. W.* Der Gemeindedirektor
 -Bürgermeister

GEMEINDE LADBERGEN BEBAUUNGSPLAN NR. 4 ORTSLAGE LADBERGEN 7. ÄNDERUNG GEM. § 2(4) BAU GB

1. Ausfertigung

| | |
|---------|----------------|
| MAßSTAB | 1:1000 |
| DATUM | März 1988 |
| BEARB. | Huelmann |
| GEZ. | von Kiedrowski |
| GEAND. | |

KREIS
 STEINFURT
 DEZ. V/PLANUNGSAMT

